

Der Kreisparteitag hat beschlossen:

Antragsname:

Keine Symbolpolitik beim
Umweltschutz

5

Keine Symbolpolitik beim Umweltschutz

Antragsteller:

OV Mitte

10

Ein effektiver Schutz der Umwelt ist essentiell für ein gesundes und gutes Leben aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und somit für die Essener FDP von zentraler Bedeutung in ihrer Politik. Allerdings beobachten wir seit geraumer Zeit eine Entwicklung im Handeln der städtischen Politik und Verwaltung hin zu rein symbolischen Projekten, die weder dem Klima noch der Umwelt nutzen, dafür aber viel Geld verschlingen und teilweise sogar schädlich und/oder kontraproduktiv hinsichtlich der vorgegebenen Ziele sind.

Seite 1 von 2

15

Ein nicht zu übersehendes Beispiel für eine derartige Symbolpolitik ist die sogenannte Umweltspur in der Stadtmitte. Das erklärte Ziel, eine sichere und dadurch akzeptierte Strecke für Radfahrer zu schaffen, wurde nicht erreicht: Sowohl vor als auch nach den Baumaßnahmen sind nur sehr wenige Fahrräder auf dem Radweg sichtbar. Stattdessen werden der allgemeine Verkehrsfluss behindert und direkte Wege zum Fahrtziel durch Änderungen in der Spurführung erschwert, was zu erhöhtem Kraftstoffverbrauch mit allen negativen ökologischen und ökonomischen Folgen führt. Stattdessen wurde eine sowohl für Kraftfahrzeuge als auch für Fahrräder gefährliche, slalomartige und schmale Spurführung vor und nach dem Innentunnel konstruiert, die kritische Verkehrssituationen erzeugt. Insbesondere die Mündung des Fahrradweges in die Busspur am Viehofer Platz kann unter Aspekten der Verkehrssicherheit nicht nachvollzogen werden. Für die zuvor genannten Maßnahmen wurden rund 2,5 Millionen Euro an städtischen Mitteln verausgabt.

30

Diese Erkenntnisse sind nicht neu: Bereits vor der Durchführung der Baumaßnahmen zur sogenannten Essener Umweltspur wurden diese Probleme von der Essener FDP antizipiert und deutlich benannt. So waren diese zum Beispiel beim Düsseldorfer Pendant auch schon erkennbar. Konsequenz: Die Landeshauptstadt schafft nach rund einem Jahr ihre sogenannten Umweltspuren wieder ab.

35

Ein weiteres Beispiel fehlgeleiteter Symbolpolitik ist die Umwidmung der Kahrstraße in eine Fahrradstraße ohne Ampeln. Gerade letzterer Punkt erhöht die Gefahr von Unfällen, da die Straße sehr schlecht einsehbar ist und Autofahrer teilweise auf gut Glück ohne ausreichende Sicht zum Beispiel auf die Kreuzung mit der Goethestraße einfahren müssen.

40

Auch der nächste Ansatz zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes birgt bereits auf den ersten Blick die Gefahr von unerwünschten Nebenwirkungen: Sensitive Ampelsteuerungen messen die Schadstoffbelastung und regeln den Verkehrsfluss entsprechend – allerdings nicht durch eine Erhöhung des Durchflusses, um Standzeiten und somit Staus zu vermeiden, sondern durch Blockaden von Zufahrtsstraßen. Diese Unterbrechungen des Verkehrsflusses verhindern den Schadstoffausstoß jedoch nicht, sondern verlagern ihn lediglich bzw. erhöhen ihn sogar. Die Kraftfahrzeuge verschwinden nämlich nicht, sondern fahren oder stehen

50

B.1

Umweltspur

gar woanders, mit allen denkbaren Folgen wie Staugefahr, höherem Kraftstoffverbrauch und Emissionen von Lärm und Abgasen gerade beim Anfahren und bei der Verlagerung von Verkehr in Wohngebiete.

Antragsname:

Keine Symbolpolitik beim
Umweltschutz

Antragsteller:

OV Mitte

- 5 Der eigentliche Grund für die Durchführung derartig sinnloser Maßnahmen ist die als „Kompromiss“ getarnte unnachgiebige Forderung der sogenannten Deutschen Umwelthilfe (DUH), die einen Feldzug gegen den Dieselmotor führt. Dieser Kampf hat keine ökologischen Gründe, da ein moderner Diesel das ökologischste und ökonomischste Antriebsystem auf dem Markt ist, sondern ist rein ideologisch motiviert
- 10 und hat die Deindustrialisierung unseres Landes zum Ziel. Die Verkehrsreduktion aufgrund der Corona-Krise zeigte in vielen Städten entsprechend keinen Einfluss auf die relevanten Schadstoffwerte. Somit sind die Forderungen der DUH nicht nur überzogen, sondern substanzlos.

Seite 2 von 2

15

Die Essener FDP

- lehnt symbolpolitische Maßnahmen, wie die in diesem Antrag beschriebenen, im Bereich Klima- und Umweltschutz in Essen ab,
- 20
- fordert eine ideologiefreie Evaluation geplanter und bereits durchgeführter Maßnahmen, die unter dem Deckmantel des Klima- oder Umweltschutzes ergriffen worden sind,
 - fordert den sinnvollen Einsatz städtischer Mittel für zielgerichteten Umweltschutz,
 - setzt sich für die Schaffung von Fahrradtrassen auf Hauptstraßen dort ein, wo dies
- 25
- lehnt die Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger durch Verbote und Behinderungsmaßnahmen ab und fordert stattdessen ein positives Vorgehen durch Schaffung sinnvoller zusätzlicher Angebote, ohne bereits vorhandene Möglichkeiten einzuschränken (nicht nur im Bereich Verkehr),
- 30
- lehnt vermeintliche Kompromisse aufgrund von unangebrachten Forderungen der sogenannten Deutschen Umwelthilfe bis auf weiteres ab.